

EURO-RETTUNGSPAKET

Stabilisierung und Prävention

Angesichts aggressiver Attacken gegen den Euro handelt die christlich-liberale Regierungskoalition entschlossen: Umfangreiche Bürgschaften gewährleisten die Stabilität unserer Währung und sichern somit deutsche Exporte und Arbeitsplätze.

Mit dem Euro waren deutsche Arbeitsplätze gefährdet

Das wahre Ausmaß der Gefährdung des Euro ist auch im Nachhinein kaum vorstellbar: Vor zwei Wochen stand die Welt vor einer zweiten Finanzkrise. Als die amerikanischen Börsen am 07. Mai öffneten – das Rettungspaket für Griechenland war gerade fertig geschnürt –, starteten die Finanzmärkte einen Angriff auf den gesamten Euro. Hätte die Politik am Wochenende nicht gehandelt, wäre die Gemeinschaftswährung schwer beschädigt worden. Dabei war klar: Deutschland, das seit der Einführung des Euro besonders vom vergrößerten Binnenmarkt profitiert, würde unter einem Absturz der Währung am meisten leiden. Immerhin führt die Bundesrepublik rund zwei Drittel ihrer Exporte in das europäische Ausland aus; mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze hängen hierzulande vom Handel mit anderen Euro-Staaten ab.

Eine „Transferunion“ bleibt weiterhin klar ausgeschlossen

Die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag legten in den vergangenen Tagen großen Wert darauf, den notwendigen Schutzschirm für den Euro an politische Bedingungen zu knüpfen, um den Euro strukturell zu stärken. So haften die EU-Mitgliedstaaten je einzeln für die Bürgschaften, die sie zur Euro-Stabilisierung bereitstellen. Der Weg in eine „Transferunion“ zwischen den Staaten der EU bleibt somit verschlossen. Daher wird der Rettungsschirm auch nur drei Jahre gespannt bleiben – für das Ende dieses Bürgschaftsprogramms ist kein weiterer Beschluss mehr notwendig. Weiterhin drangen die Christsozialen mit Erfolg darauf, dass die Bundesregierung dem Parlament genau darüber zu berichten hat, falls sie einzelne Kredite auf der Basis der nun geschaffenen Regelungen gewähren will.

Experten weisen immer wieder darauf hin, dass es sich bei den derzeit diskutierten Summen ausnahmslos um Bürgschaften handelt. Auch auf dem Höhepunkt der Bankenkrise von 2008 wurde ein Kreditrahmen von über 400 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Bis heute liehen sich Banken nur einen Teil dieses Betrags; unter dem Strich erlöste der „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sogar rund eine Milliarde Euro durch Gebühren für die Bürgschaften. Die auf Grundlage des nun geschaffenen Rettungspakets verfügbaren Kredite wird Deutschland – wie im Fall Griechenlands bereits praktiziert – außerdem nur dann gewähren, wenn sich das jeweilige Empfängerland zu einem vom Internationalen Währungsfonds und der EU gemeinsam definierten Sanierungsprogramm verpflichtet.

Hartes Durchgreifen gegen Spekulanten

Die christlich-liberale Koalition schützt die Wirtschaft und Stabilität unserer Währung vor den negativen Effekten aggressiver Spekulanten: In Deutschland wurden bereits Maßnahmen ergriffen, international setzt sich die Bundesregierung für ihre Umsetzung ein.

Akteure werden an Rettungskosten beteiligt

Die christlich-liberale Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen zur Hemmung destruktiver Marktkräfte. Ähnlich wie im System der Sozialen Marktwirtschaft sollen die stärker regulierten Märkte zwar weiterhin die kollektive Intelligenz ihrer Teilnehmer zur Steuerung der Finanzströme zur Verfügung stellen; für schädliche Auswüchse darf auf dem Finanzmarkt aber künftig kein Platz mehr sein.

Bereits im März hatte die Bundesregierung beschlossen, eine Bankenabgabe einzuführen. Damit soll eine Beteiligung der Banken an künftigen Restrukturierungs- und Rettungsaktionen sichergestellt werden. Dies steigert das Risikobewusstsein der Finanzinstitute, da sie künftig nicht mehr damit rechnen können, allein auf Steuerzahlerkosten gerettet zu werden. Auf europäischer Ebene haben sich die Finanzminister darüber hinaus darauf geeinigt, Hedgefonds künftig europaweit strengen Kontrollen zu unterwerfen. Hier setzte sich der Bundesfinanzminister mit der Mehrheit seiner Amtskollegen gegen die britische Regierung durch.

Christlich-liberale Koalition für Transaktionssteuer

Die christlich-liberale Koalition einigte sich auch auf Schritte zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese Abgabe eröffnet einen zusätzlichen Weg, um die Akteure auf den Finanzmärkten an den Kosten zur Bewältigung der Krise zu beteiligen. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Deutschland darüber hinaus ungedeckte Leerverkäufe verboten. Zwar eröffnen Termingeschäfte der Wirtschaft die Möglichkeit, sich etwa gegen Währungs- oder Rohstoffpreisschwankungen abzusichern. Finden Leerverkäufe allerdings ungedeckt statt – wenn die Investoren die verkauften Papiere also gar nicht besitzen –, bergen sie ein besonders hohes Risiko der Destabilisierung der Märkte, da sich der Umfang der verkauften Papiere unkontrolliert und drastisch erhöhen kann.

Die wichtigste Voraussetzung für eine Rückkehr der Stabilität auf den Finanzmärkten ist und bleibt jedoch eine Rückführung der Staatsverschuldungen. Die christlich-liberale Bundesregierung wird im Herbst erstmals einen an der Schuldenbremse ausgerichteten Bundeshaushalt vorlegen. Gleichzeitig nimmt sie – gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds und der EU – die hilfsbedürftigen europäischen Partnerstaaten in die Pflicht und macht weitere Konsolidierungsmaßnahmen zur Voraussetzung von Bürgschaften aus dem Euro-Rettungspaket.